



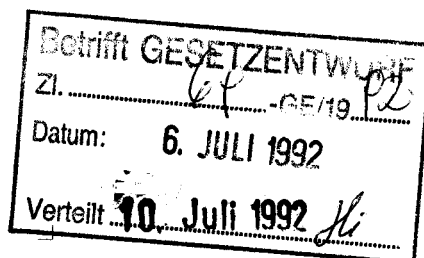
REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

3/SN-183/ME  
A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 600.624/0-V/6/92

An das  
Präsidium des  
Nationalrates

in W i e n



Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

IRRESBERGER

2724

Betrifft: Novelle zum KHOG im Zusammenhang mit dem EWR;  
Begutachtung

In der Anlage übermittelt das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst im Sinne der Entschliebung des Nationalrates vom 5. Juli 1961 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum oben zitierten Gesetzesentwurf.

29. Juni 1992  
Für den Bundeskanzler:  
HOLZINGER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Klumeis*



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 600.624/0-V/6/92

Bundesministerium für  
Wissenschaft und Forschung

Minoritenplatz 5  
1014 W i e n

Sachbearbeiter  
Irresberger

Klappe/Dw  
2724

Ihre GZ/vom  
68.153/91-I/B/5B/92  
15. Juni 1992

Betrifft: Novelle zum KHOG im Zusammenhang mit dem EWR;  
Begutachtung

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst nimmt zum oben genannten Gesetzesentwurf (die Stellungnahmen zu den weiteren mit der selben Note übermittelten Gesetzesentwürfen erfolgen gesondert) wie folgt Stellung:

I. Zu einzelnen Bestimmungen:

Zum Einleitungssatz:

Das zu novellierende Bundesgesetz wäre ohne Datumsangabe (103. Legistische Richtlinie 1990), unter Verwendung lediglich des Kurztitels (133. Legistische Richtlinie 1990) und unter Angabe der Fundstelle erst nach dem Gesetzestitel (132. Legistische Richtlinie 1990) zu bezeichnen.

Zu Z 1 (§ 1 Abs. 2 lit. a):

Statt "Rechtsgeschäfte einschließlich Forschungsförderungen" sollte es besser "Rechtsgeschäfte, insbesondere auch über den Erhalt von Forschungsförderungen," heißen.

- 2 -

Zu Z 2 (§ 9 Abs. 2):

Es ist darauf hinzuweisen, daß die Formulierung von Verfassungsbestimmungen in den Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst fällt und daß daher im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst vom 7. April 1986, GZ 602.271/9-V/6/86 schon vor der Einleitung des Begutachtungsverfahrens bezüglich der Formulierung von Verfassungsbestimmungen mit dem BundeskanzleramtVerfassungsdienst in Verbindung zu treten wäre. Dies ist bedauerlicherweise hinsichtlich der vorgesehenen Änderung nicht geschehen.

Da eine Verfassungsbestimmung geändert werden soll, wäre nach der Bezeichnung "2." die Bezeichnung "(Verfassungsbestimmung)" einzufügen.

In Entsprechung zu dem in der Stellungnahme des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst unter der GZ 601.408/16-V/6/92 zum ebenfalls mit der do. oz. Note übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Universitäts-Organisationsgesetz geändert wird, hinsichtlich der dort vorgesehenen Neufassung des § 21 Abs. 4 UOG Ausgeführten und Vorgeschlagenen wird folgende Neufassung des § 9 Abs. 2 vorgeschlagen:

"(2) (Verfassungsbestimmung) Organe und Mitglieder von Kollegialorganen können auch Gastprofessoren, die die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, und Personen sein, die in einem der Universität zugeordneten Dienstverhältnis zum Bund stehen und die zwar die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, denen jedoch auf Grund eines völkerrechtlichen Vertrages dieselben Rechte für den Berufszugang zu gewähren sind wie österreichischen Staatsbürgern."

II. Zum Vorblatt:

In der entsprechenden Überschrift sollte es "Alternativen" heißen.

- 3 -

### III. Zu den Erläuterungen:

Statt "Allgemeines" und "Zu den einzelnen Bestimmungen" sollten die Überschriften "Allgemeiner Teil" und "Besonderer Teil" verwendet werden.

In den Erläuterungen zu Z 2 sollte es statt "öffentliche Gewalt ausüben" besser "hoheitlich tätig sind" heißen.

### IV. Zur Textgegenüberstellung:

Die Überschrift sollte "Textgegenüberstellung", die Überschriften der beiden Spalten sollten "geltende Fassung:" und "vorgeschlagene Fassung:" lauten.

Bei § 1 Abs. 2 sollte auch der Einleitungssatz wiedergegeben werden.

Bei § 9 Abs. 2 wird in beiden Spalten an Stelle des bisher einzigen Satzes des § 9 Abs. 2 fälschlich § 9 Abs. 1 Z 2 wiedergegeben.

Auf das Schreibversehen "be~~st~~raut" in der Wiedergabe der geltenden Fassung des § 9 Abs. 1 Z 2 darf hingewiesen werden.

Im Sinne der EntschlieÙung des Nationalrates vom 5. Juli 1961 werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme unter einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

29. Juni 1992  
Für den Bundeskanzler:  
HOLZINGER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

